

Beschluss des Landesvorstands der FDP Schleswig-Holstein

BESSERES WIRTSCHAFTSKLIMA FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN.

Unser Ziel

Wir Freie Demokraten wollen ein Schleswig-Holstein, in dem nachhaltige Entwicklung und mehr Wohlstand für die Menschen Hand in Hand gehen. Der Wind der Westküste kann eine neue Wachstumsdynamik für das gesamte Land antreiben.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt den Rahmen mit der Ausweitung des europäischen Emissionshandels ab spätestens 2027: Wachstum wird noch unabhängiger vom Verbrauch fossiler Brennstoffe. Jeden Tag rechnet sich die Vermeidung von Treibhausgasen mehr für Unternehmen. Jeden Tag werden erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien für Schleswig-Holstein wertvoller.

Damit aus Chancen der Wohlstand von Morgen wird, braucht es ein gutes Wirtschaftsklima für Investitionen. Wir Freie Demokraten wollen eine Wirtschaftspolitik, die Investitionen in unser Land mobilisiert – in Forschung, Entwicklung und Produktion. So entstehen gut bezahlte Arbeitsplätze und neuer Wohlstand. Menschen sollen ermutigt werden, auszuprobieren und zu gründen. Unternehmen sollen Chancen nutzen können.

Wir wollen gerade auch kleinen und mittleren Unternehmen gutes Klima für Investitionen bieten. Denn künftiges Wachstum entsteht an vielen Orten gleichzeitig: sei es durch Eigenproduktion von Strom aus erneuerbaren Quellen oder durch Recycling im Betrieb.

Gegenentwurf zur Koalition

Die Schwarz-Grüne Koalition bietet das Gegenteil von Dynamik. Die Grünen sabotieren mit Duldung der CDU zahlreiche Infrastrukturvorhaben. Im Übrigen besteht die Wirtschaftspolitik der Koalition aus Nichtstun. Die noch unter Beteiligung der Freien Demokraten angebahnte Ansiedlung von Northvolt in Heide ändert daran nichts. Die Koalition kann Subventionen an einzelne Unternehmen zahlen. Aber ihr fehlen Ideen und Wille den Standort Schleswig-Holstein für alle attraktiver zu machen.

In der aktuellen IHK-Standortumfrage zeigen die Unternehmen in Schleswig-Holstein die größte Unzufriedenheit bei der Menge an Verwaltungsaufgaben und der Dauer von Verfahren, mit der Höhe der Energiepreise und mit der Verfügbarkeit von Menschen mit beruflichem Bildungsabschluss. In keinem dieser Felder liefert die Koalition. Die Koalition sieht nach eigenen Aussagen keine Priorität beim Bürokratieabbau im Land, beim Strompreis schießt sie auf eine Entlastung nur weniger durch einen subventionierten Industriestrompreis und sie kürzt Haushaltsmittel bei der Ausbildung von Fachkräften.

Ein Jahr nach Amtsantritt zeigen sich die Folgen: Zuletzt sank der IHK-Konsumklimaindex für Schleswig-Holstein um 5 Punkte auf 92 Punkte. Das ist deutlich unter dem langjährigen Mittel von 109 Punkten. Unter Schwarz-Grün wird das Wirtschaftsklima schlechter.

Mit dieser Koalition wird unser Land kein klimaneutrales Industrieland werden. Sie leistet auch nicht den notwendigen Beitrag zum Klimaschutz. Denn wir können beim Klimaschutz nur dann Vorbild für insbesondere ärmere Länder sein, wenn wir Klimaschutz mit der Mehrung von Wirtschaftskraft und Wohlstand verbinden. Klimaschutz braucht Wachstum.

Für ein besseres Wirtschaftsklima schlagen wir Freie Demokraten folgende Schritte vor:

1. Anreize für Investitionen

Es braucht mehr Investitionen in unser Land. Wir Freie Demokraten wollen Unternehmen einen Rahmen bieten, der zu Investitionen und Innovationen einlädt. Der aktuell einseitige Fokus auf Subventionen ist teuer, verzerrt den Wettbewerb und erreicht das Ziel nicht.

Schleswig-Holstein soll ein besserer Standort für alle sein. Dazu gehört die Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung und Anreize für Investitionen durch die Einführung von Investitionsfreibeträgen oder Superabschreibungen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollen einen besseren Zugang zum Kapitalmarkt haben, insbesondere mit Blick auf Wagniskapital. Der Mehrwertsteuersatz von 7 % in der Gastronomie soll beibehalten werden. Schleswig-Holstein soll sich dafür im Bundesrat aktiv einsetzen.

Wir Freie Demokraten fordern die Grünen auf, dem Wachstumschancengesetz und damit der Begünstigung von Investitionen in den Klimaschutz, schnell die Zustimmung zu geben.

Die Landesregierung muss im Rahmen der Landesplanung mehr Flächen für Gewerbe ausweisen. Das gilt insbesondere dort, wo es besonders viele Chancen gibt, z.B. an der Westküste, an der zukünftigen Beltquerungsstrasse, an der zukünftigen A20-Trasse oder im Hamburger Umland. Auch im ländlichen Raum brauchen die Kommunen ausreichende Flexibilität für neue wirtschaftliche Dynamik. Das „Flächenrecycling“ muss einfacher und somit günstiger werden, um die Flächenversiegelung zu reduzieren.

2. Arbeitskräfte aus dem Ausland gewinnen und binden

Der Fachkräftemangel hat sich zu einem allgemeinen Arbeitskräftemangel entwickelt. Wir Freie Demokraten wollen, dass Unternehmen die Arbeitskräfte finden, die sie brauchen.

Mit dem von uns Freien Demokraten auf Bundesebene erreichten Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird qualifizierte Einwanderung gefördert. In Schleswig-Holstein sollten wir den Fokus auf die internationale Anwerbung von Auszubildenden legen und Partnerschaften aufbauen. Zukünftigen Bewerberinnen und Bewerbern sollte bereits im Heimatland Online-Sprachkurse angeboten werden. Ein zentrales Internetportal kann Informationen über Arbeit, Anerkennung von Berufsqualifikationen und offene Stellenangebote in Schleswig-Holstein bereitstellen.

Es ist ebenso wichtig, dass wir Arbeitskräfte langfristig im Land halten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn 2022 haben allein 7.200 EU-Bürger Schleswig-Holstein verlassen. Im Ländervergleich liegt unser Bundesland in Bezug auf das Wanderungssaldo nur auf Platz 12 nach dem Freizügigkeitsmonitoring 2022 des BAMF.

Ausländische Arbeitskräfte sollen sich leichter in Schleswig-Holstein einleben können. Dazu wollen wir Freie Demokraten Welcome Desks, die im Land verteilt zugewanderte Arbeitskräfte bei Behördengängen unterstützen und beschleunigte Verfahren bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen und -abschlüssen ermöglichen. Alle üblichen Verwaltungsverfahren in Schleswig-Holstein sollen auch auf Englisch durchgeführt werden können. Zudem wollen wir das Angebot an bilingualen Kitas und Schulen ausweiten.

Unabhängig von der Richtigkeit der Einwanderung von Arbeitskräften halten wir Freie Demokraten daran fest, dass es neue Anstrengung in der Bildung braucht. Nur mit bester Bildung werden wir Kindern gerecht und heben das Fachkräftepotential im eigenen Land. Dazu braucht es gezieltere

Sprachförderung, bessere Schulen, eine Grundschuloffensive, gerade bei Lesen, Schreiben und Rechnen sowie u.a. mehr Berufsorientierung.

3. Stromkosten senken

Die Strompreise in Deutschland sind gerade im internationalen Vergleich hoch. Wir Freie Demokraten wollen, dass Unternehmen Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen beziehen können. Neben einer Ausweitung der Stromerzeugung wollen wir insbesondere die staatlichen Abgaben senken, die fast ein Drittel des Strompreises ausmachen.

In diesem Sinne setzen wir uns für die Reduzierung der Stromsteuer auf das europarechtliche Minimum ein, was eine de facto Abschaffung bedeutet. Unternehmen in Schleswig-Holstein sollen zudem stärkere Vorteile durch die bei uns verfügbaren erneuerbaren Energien haben. Wir Freie Demokraten wollen den Ist-Zustand überwinden, dass gerade der Ausbau der erneuerbaren Energien zu hohen Netzentgelten im Norden führt. Entsprechende Initiativen der Freien Demokraten auf Bundesebene unterstützen wir.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Energiegemeinschaften, soweit sie Strom vor Ort produzieren und verbrauchen, von Netzentgelten befreit werden. Von allen diesen Maßnahmen profitieren neben Unternehmen auch private Verbraucher.

4. Verkehrsinfrastruktur ausbauen

Verkehrsinfrastrukturen sind Lebensadern für die Wirtschaft, sei es auf Straße, Schiene oder Wasser. Wo die aktuelle Landesregierung besonders viel Schaden anrichtet, stehen wir Freie Demokraten für ein Schleswig-Holstein, das die Wirtschaft voranbringt.

Wir setzen uns für einen beschleunigten Aus- und Weiterbau der A20 und A23 ein. Eine starke Industrie an der Westküste, auch wenn sie klimaneutral ist, benötigt eine gute Anbindung. Zudem muss die Verbindung zur Metropolregion Hamburg über die Elbe optimiert werden. Auch Wasserstraßen dürfen nicht vernachlässigt werden. Der Nord-Ostsee-Kanal verdient schnelle Planungs- und Genehmigungsprozesse.

Zudem fordern wir Freie Demokraten die Erhöhung der Mittel für die Sanierung der Landstraßen. So stellen wir sicher, dass die 2018 erfolgreich durch die FDP in der Landesregierung eingeführte Landstraßenstrategie trotz gestiegener

Baukosten weiterhin ihr Ziel erreicht: die langfristige Sanierung aller Landstraßen in Schleswig-Holstein.

5. Bürokratiekosten senken

Wir Freie Demokraten wollen einen Staat, der funktioniert. Wir wollen Bürokratiekosten senken, wo der Staat unnötig kompliziert ist und guten Ideen – wie Investitionen, die sich rechnen und dem Klima nützen – im Weg steht. Das Bundesjustizministerium arbeitet am Bürokratieentlastungsgesetz IV. Schleswig-Holstein kann sich nicht wegducken.

Wir Freie Demokraten fordern ein Gesamtkonzept für den Bürokratieabbau mit messbaren Zielen und eine bessere Gesetzgebung. Wir wollen eine "One in, two out"-Regel einführen. Mit einer neuen Regulierung müssen zwei gleichwertige Normen wegfallen.

Die Verwaltung soll vollständig digitalisiert werden für mehr Effizienz und Schnelligkeit. Deswegen fordern wir einen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen. Dabei soll das Once-Only-Prinzip gelten: Dem Staat bereits vorliegende Daten und Dokumente sollen für verschiedene Verwaltungsleistungen genutzt werden können. Auch die Grundsteuererhebung soll auf dieser Grundlage digitalisiert und bei der nächsten Festsetzungsperiode auf ein einfaches Flächenmodell umgestellt werden.

Um gerade Startups zu ermutigen, wollen wir einen einfachen und schnellen Gründungsprozess; die Gründung eines Unternehmens soll innerhalb eines Tages möglich sein. Ebenso sollte sich Schleswig-Holstein für eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregeln einsetzen. So werden mehr Lösungen rechtssicher möglich, die im beidseitigen Interesse von Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind.

6. Innovativer Klimaschutz

Schleswig-Holstein soll beim Klimaschutz die Bereitschaft zu Innovation und Pragmatismus zeigen, die auch Unternehmen ermutigt, neu zu denken. Denn ein Großteil der für die Klimaneutralität einzusparenden Treibhausgase wird erst durch Technologien möglich sein, die heute noch in der Demonstrations- oder Prototypphase sind.

Wir Freie Demokraten fordern deswegen ein Bekenntnis zu Forschung und Technologieoffenheit. Das gilt auch für neue grundlastfähiger Technologien wie Kernfusion oder Kernkraftwerke der nächsten Generation.

Der für eine klimaneutrale Zukunft notwendige Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft mit Erzeugungs- und Transportmöglichkeiten braucht den schnellen Hochlauf. Nur dann können Unternehmen sicher sein, dass sie ihre Investitionen in Wasserstoff tatsächlich nutzen können. Gerade am Anfang braucht es daher Offenheit für alle Wasserstofffarben.

Schleswig-Holstein sollte zudem die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) unterhalb der Nordsee sowie die -Nutzung (CCU) unterstützen. Eine klimaneutrale Zukunft im Wohlstand erfordert nicht zuletzt mit Blick auf besonders CO₂-intensive Industrien auch den künftigen Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre.